

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Juni 2014



Forschungsergebnisse

Kosten der chinesischen Klimapolitik

Wirtschaftspolitische Analyse

Fehldiagnose finanzielle Repression

ZEW Lunch Debates

Handlungsfelder für das neue EU-Parlament

Foto: iStockphoto

Staatliche Umverteilungsmaßnahmen können Einkommensungleichheit reduzieren

In der Diskussion über steigende Einkommensungleichheit in OECD-Staaten wurden Forderungen nach mehr staatlicher Umverteilung laut. Dass Umverteilung insbesondere in Form höherer Sozialausgaben tatsächlich zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung führen kann, zeigt eine aktuelle ZEW-Studie.

Empirisch belegt ist, dass der direkte Effekt von Steuerprogression und Sozialausgaben, die den Ärmern in der Bevölkerung zugutekommen, zunächst einmal die Einkommensungleichheit verringert. Allerdings müssen anschließend auch Zweitrundeneffekte in die Analyse einbezogen werden, die möglicherweise den direkten Effekt abschwächen oder sogar überkompensieren können. So verringern viele Umverteilungsmaßnahmen beispielsweise die Anreize zu arbeiten oder zu investieren. Ebenso könnte sich die Lohnsetzung der Arbeitge-

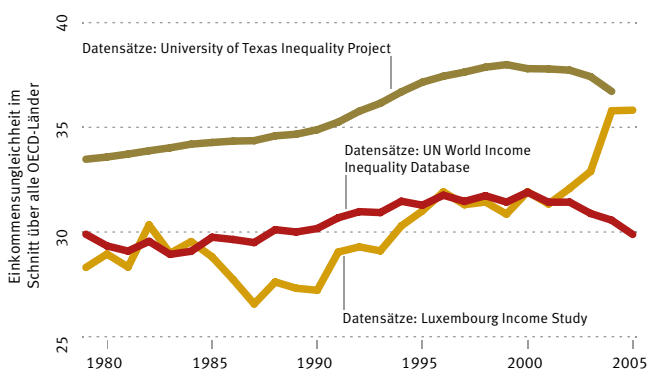
ber in Staaten mit hoher Umverteilung ändern: Die Arbeitgeber zahlen unter Umständen geringere Löhne, weil sie alle soziale Verantwortung an den Staat abgeben. Solche Zweitrundeneffekte lassen die Ungleichheit der Einkommensverteilung wieder steigen. Daher ist der Gesamteffekt von staatlichen Interventionen auf Ungleichheit theoretisch unklar, außerdem machen die Zweitrundeneffekte die kausale Identifikation solcher Effekte sehr schwer.

Ungleichheit in OECD-Staaten 1981 bis 2005

Das ZEW hat in einer aktuellen Studie analysiert, ob Staaten tatsächlich in der Lage sind, durch eine bestimmte Umverteilungspolitik die Einkommensungleichheit in der Bevölkerung zu verringern. In der Studie wird die Ungleichheit der Einkommens-

verteilung in den OECD-Staaten nach Steuern für den Zeitraum 1981 bis 2005 untersucht. Unterschiedliche empirische Identifikationsstrategien werden verwendet, um den kausalen Effekten nahe zu kommen. Die drei Politikvariablen, die dabei im Mittelpunkt stehen, sind die Staatsausgaben, die Sozialausgaben und die Steuerprogression.

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT IN OECD-STAA TEN IM ZEITVERLAUF



Lesehilfe: Einkommensungleichheit gemessen in Gini-Punkten (Werte zwischen 0 und 100; 100 ist extreme Ungleichheit, 0 zeigt komplette Gleichverteilung).
Quelle: OECD

Es werden drei verschiedene Datensätze betrachtet: die Luxembourg Income Study (LIS), die UN World Income Inequality Database (WIID) und die Daten des University of Texas Inequality Project (UTIP). Die ZEW-Studie untersucht den sogenannten Gini-Koeffizienten, das gebräuchlichste Maß der Einkommensungleichheit. Da sich die Berechnungsmethoden in den Datensätzen häufig unterscheiden, manchmal sogar innerhalb eines Datensatzes, betrachtet die ZEW-Studie die verschiedenen Datensätze getrennt voneinander.

Laut ZEW-Studie nahm die Einkommensungleichheit in den OECD-Staaten zwischen 1960 und 1980 ab, sie ist seit Beginn der 1980er Jahre allerdings wieder gestiegen. Die WIID- und UTIP-Daten weisen auf eine geringe Abnahme seit dem Jahr 2000 hin, während die LIS-Daten für diesen Zeitraum eine starke Zunahme aufzeigen. Je nachdem, wie sich die einzelnen Länder hinsichtlich Faktoren wie Einfluss der Gewerkschaften auf die

Lohnverhandlungen, Höhe der Arbeitslosenunterstützung oder Steuersystem unterscheiden, können sie verschiedenen Typen von Wohlfahrtsstaaten zugeordnet werden. Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten weisen sowohl die niedrigste Einkommensungleichheit als auch die niedrigsten Steigerungsraten auf. In liberalen Wohlfahrtsstaaten ist die Einkommensungleichheit größer als in konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten. Dies deutet darauf hin, dass institutionelle Rahmenbedingungen die Einkommensverteilung beeinflussen. Die große Zunahme der Einkommensungleichheit in Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Sozialismus Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre bestätigt diese Beobachtung.

Staatliche Umverteilungspolitik teilweise wirkungsvoll

Wie die ZEW-Studie weiterhin zeigt, hat staatliche Umverteilungspolitik durchaus einen Einfluss auf die Ungleichheit der Einkommensverteilung, trotz der anfangs beschriebenen Zweitrundeneffekte. So liefert die Studie Hinweise, dass eine einprozentige Steigerung der Staatsausgaben bzw. der Sozialausgaben die Einkommensungleichheit um 0,3 Prozent bzw. um 0,2 Prozent senkt. Steigende Steuerprogression wirkt sich hingegen kaum auf die Einkommensungleichheit aus, außerdem ist der Effekt in der ZEW-Studie oft insignifikant. Hier spielen Zweitrundeneffekte möglicherweise eine größere Rolle als bei staatlichen Ausgaben. Staaten, die die Einkommensungleichheit verringern wollen, sollten demnach eher Umverteilungspolitik in Form von höheren Staats- oder Sozialausgaben in Erwägung ziehen, anstatt die Einkommensprogression zu verschärfen. Allerdings gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse, die diskutierten empirischen Probleme zu berücksichtigen. Insgesamt ist weitere empirische Forschung nötig, die sich der kausalen Identifizierung dieses politikrelevanten Effekts widmet.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 14-012) findet sich unter: www.zew.de/publikation7331. Sie ist auch erschienen in „The Impact of Redistributive Policies on Inequality in OECD Countries“, Applied Economics 46(17), 2066-2086.

Philipp Dörrenberg, doerrenberg@zew.de
Prof. Dr. Andreas Peichl, peichl@zew.de

Die Kosten der chinesischen Klimapolitik

Die Volksrepublik China will ihre Treibhausgas-Emissionen reduzieren. Das Wirtschaftswachstum soll dabei jedoch nur möglichst geringe Einbußen erleiden. Eine aktuelle ZEW-Studie quantifiziert die Folgen der chinesischen Klimapolitik.

Das aktuelle chinesische Klimaziel ist es, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 bis 45 Prozent des Niveaus von 2005 pro Einheit BIP (Megatonne CO₂ pro Euro) zu reduzieren. In einem Pilotprojekt testet die Regierung in einigen Metropolregionen und

Provinzen, wie etwa in Peking und Shanghai, ein Emissionshandelssystem. Hierbei sollen die CO₂-Emissionen bis 2015 um 17 bis 21 Prozent im Vergleich zum Niveau von 2010 sinken.

Die ZEW-Studie beleuchtet die Auswirkungen eines solchen Klimaziels auf die chinesische Wirtschaftsleistung. Es wird davon ausgegangen, dass ein Emissionshandelssystem landesweit eingeführt wird. Zusätzlich werden die Ergebnisse unter verschiedenen Wachstumsszenarien verglichen. So soll der Einfluss auf die zukünftige Wirtschaftskraft sowie auf die Wettbewerbs-



Auch durch das zunehmende Verkehrsaufkommen leiden chinesische Städte unter Smog. Die Volksrepublik will nun ihre Treibhausgas-Emissionen reduzieren.

Foto: iStockphoto

fähigkeit einzelner Wirtschaftssektoren quantifiziert werden. Zudem wird eine Vernetzung des hypothetischen chinesischen Emissionshandelssystems mit dem der EU betrachtet.

Wachstumseinbußen bis 2020

Die Modellschätzungen des ZEW kommen zu folgenden Ergebnissen: Wird den Berechnungen das Emissionsziel einer Reduktion um 45 Prozent des Niveaus von 2005, pro Einheit BIP, sowie ein mittleres Wirtschaftswachstum zu Grunde gelegt, dann fällt das BIP im Jahr 2020 rund ein Prozent geringer aus als dies ohne Emissionsbeschränkungen der Fall wäre. Wird ein stärkeres Wirtschaftswachstum unterstellt, ist der relative Effekt auf das gesamte BIP stärker. Ähnliches gilt für ein Ausdehnen der CO₂-Emissionsreduktion. Zukünftiger technologischer Wandel wird hierbei noch nicht betrachtet.

Unterschiedliche Wirkungen in den Wirtschaftssektoren

Viele Sektoren der chinesischen Volkswirtschaft wären von einem Emissionshandelssystem nur leicht betroffen. Andere hingegen, so zum Beispiel die Aluminiumindustrie und die Strom-

erzeuger, hätten mit schwerwiegenden Kostensteigerungen zu kämpfen. Für die einzelnen Sektoren spielt auch die Art der Zertifikatsvergabe eine Rolle. Werden die Zertifikate versteigert, sind die Kosten größer als bei einer freien Vergabe der Zertifikate. Durch diese Umstände hätte das Emissionshandelssystem einen Einfluss auf die chinesische Wirtschaftsstruktur. Diese Folgen gelten in allen betrachteten Fällen.

Emissionszertifikatehandel mit der EU

Als potenzielle Option zeigt die Studie des ZEW eine Verknüpfung des Emissionshandels der EU mit dem der Volksrepublik auf. Selbst bei einem beschränkten Handelsvolumen von maximal 300 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr erscheinen Handelsgewinne und somit eine Wohlfahrtssteigerung für das Reich der Mitte möglich. In der EU würden die Preise für Emissionszertifikate sinken und in China steigen. Zu einer vollständigen Preisanpassung würde es aufgrund der Handelsbeschränkung allerdings nicht kommen.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 14-020) findet sich unter: www.zew.de/publikation7375

Dr. Sebastian Voigt, voigt@zew

INHALT

Staatliche Umverteilungsmaßnahmen können Einkommensungleichheit reduzieren	1
Die Kosten der chinesischen Klimapolitik	2
Kaum mehr Investitionen in die IT-Sicherheit im Jahr 2014 zu erwarten.	4
Private Finanziers für junge Unternehmen sind in vielen Branchen aktiv.	5
Nachgefragt: Zum Vorschlag einer europäischen Energieunion	6

Fehldiagnose finanzielle Repression	7
ZEW-Papier definiert zentrale Handlungsfelder für neues EU-Parlament	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

Kaum mehr Investitionen in die IT-Sicherheit im Jahr 2014 zu erwarten

Trotz der aktuellen Diskussion um die Sicherheit von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) planen nur relativ wenige Unternehmen des Wirtschaftszweigs Informationswirtschaft in diesem Jahr eine Erhöhung ihrer Investitionen in die IT-Sicherheit im Vergleich zum Vorjahr.

Lediglich 27 Prozent der Unternehmen der Informationswirtschaft planen im Jahr 2014 mehr in IT-Sicherheit zu investieren als im Vorjahr. Etwa zehn Prozent der Unternehmen gehen sogar von weniger IT-Sicherheitsinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit stagniert das Investitionsvolumen bei über 60 Prozent der Unternehmen auf dem Vorjahresniveau. Diese Zahlen variieren kaum über die drei Teilbereiche IKT, Medien und wissensintensive Dienstleister des Wirtschaftszweigs Informationswirtschaft. Zu beobachten ist jedoch eine verstärkte Investitionsneigung von größeren Unternehmen in ihre IT-Sicherheit.

Eine Erklärung dieses überraschend geringen Anteils an Unternehmen mit steigenden Sicherheitsinvestitionen dürfte, gerade im Lichte der aktuellen Diskussion über öffentlich gewordene staatliche Überwachungsprogramme, eine gewisse Ohnmacht und das Fehlen von praktikablen Schutzmaßnahmen sein. Nur etwas mehr als sechs Prozent der Unternehmen führten als direkte Reaktion auf das Bekanntwerden der Überwachungs- und Spionageaffäre im letzten Jahr neue Schutzmaßnahmen im Unternehmen ein.

IT-Sicherheit sehr wichtig

Nichtsdestotrotz wird der IT-Sicherheit eine große Bedeutung zugesprochen. Mehr als 55 Prozent der Unternehmen im Wirtschaftszweig Informationswirtschaft schätzt aktuell die Sicherheit ihrer eingesetzten Informations- und Kommunikationstechnologien als sehr wichtig ein (siehe linke Grafik). Lediglich rund

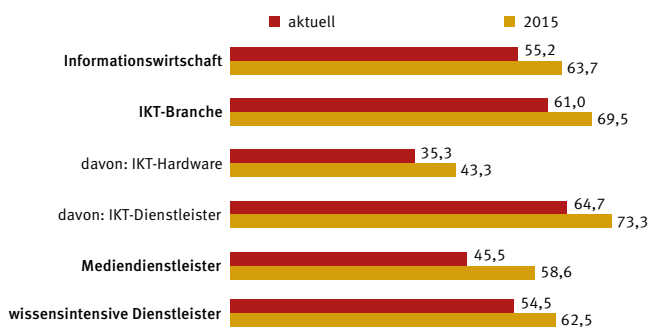
fünf Prozent stehen der IT-Sicherheit neutral gegenüber oder stufen die Bedeutung als unwichtig ein. Interessanterweise gibt es kaum signifikante Unterschiede in der Einschätzung nach Unternehmensgröße. Sowohl kleine und mittlere als auch große Unternehmen sind sich in der weitreichenden Bedeutung der IT-Sicherheit für den Geschäftsbetrieb einig. Im Gegensatz dazu gibt es allerdings Branchenunterschiede, insbesondere innerhalb der IKT-Branche. Während bei den IKT-Dienstleistern aktuell fast zwei Drittel der Unternehmen die IT-Sicherheit als sehr wichtig erachten, liegt dieser Wert bei den IKT-Hardwareherstellern bei nur knapp über einem Drittel. In Zukunft ist zudem mit einer zunehmenden Bedeutung der IT-Sicherheit zu rechnen. So liegt der Anteil an Unternehmen der Informationswirtschaft, die IT-Sicherheit im Jahr 2015 als sehr wichtig erachten, bei knapp 64 Prozent und damit um neun Prozentpunkte höher als aktuell.

Hauptproblem: Ausfall der Technik

Als Hauptursache für IT-Probleme wird in der Informationswirtschaft der Ausfall der Technik gesehen, gefolgt von der zunehmenden Komplexität der IT-Systeme durch Vernetzung, Cloud Computing, etc. Fast 90 Prozent der Unternehmen nennen den Ausfall der Technik und rund 77 Prozent beklagen die zunehmende IT-Komplexität als Problemauslöser. Sicherheitslücken in Soft- und Hardware werden von 58 beziehungsweise 38 Prozent der Unternehmen genannt. Ferner machen noch mehr als die Hälfte aller Unternehmen im Wirtschaftszweig den Menschen als Fehlerquelle aus. Die absichtliche Manipulation durch Täter innerhalb des Unternehmens bzw. gezielte Spionage durch Konkurrenten wird hingegen jeweils nur von etwas mehr als zehn Prozent der Unternehmen als wichtiges Problem hervorgehoben (siehe rechte Grafik).

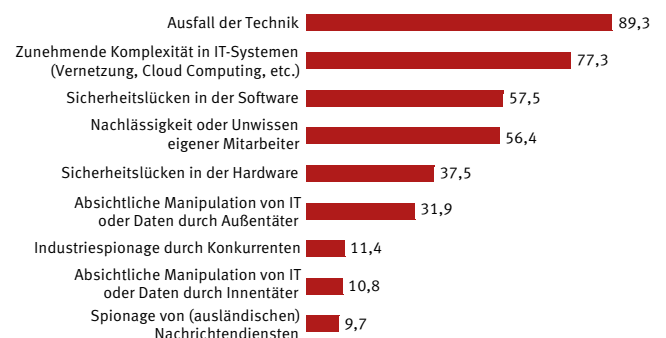
Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE BEDEUTUNG DER IT-SICHERHEIT FÜR UNTERNEHMEN



Lesehilfe: Aktuell schätzen 55,2 Prozent der Unternehmen im Wirtschaftszweig Informationswirtschaft die Bedeutung ihrer IT-Sicherheit als „sehr wichtig“ ein. Als „wichtig“ beurteilen dies noch 26,4 Prozent (nicht dargestellt). In Zukunft wird die Bedeutung der IT-Sicherheit für die Unternehmen im Wirtschaftszweig Informationswirtschaft noch zunehmen. Quelle: ZEW

MÖGLICHE URSACHEN FÜR IT-PROBLEME VON UNTERNEHMEN DER INFORMATIONSWIRTSCHAFT



Lesehilfe: In der Informationswirtschaft wird von 89,3 Prozent der Unternehmen überwiegend der Ausfall der Technik als besonders relevante Ursache für IT-Probleme eingestuft. An zweiter Stelle wird von 77,3 Prozent der Unternehmen die zunehmende Komplexität der IT-Systeme genannt. Quelle: ZEW

Private Finanziere für junge Unternehmen sind in vielen Branchen aktiv

Entgegen der verbreiteten Ansicht investieren Privatpersonen nicht nur in junge Unternehmen der Hightech-Branchen, sondern auch in Gründungen anderer Branchen. Allerdings lassen sich Unterschiede in der Struktur der Beteiligungsformen zwischen den Sektoren feststellen, wie eine neue ZEW-Studie zeigt.

Gründungen mit hoch innovativen Geschäftsideen, kombiniert mit geringen Eigenmitteln der Gründerpersonen, haben oft Probleme Darlehen zu erhalten. Wegen der objektiv hohen Risiken, dass solche Gründungen scheitern, halten sich auch Venture Capital Fonds in der Gründungsfrühphase in der Regel zurück. Daher richten sich die Hoffnungen hinsichtlich der Schließung sol-

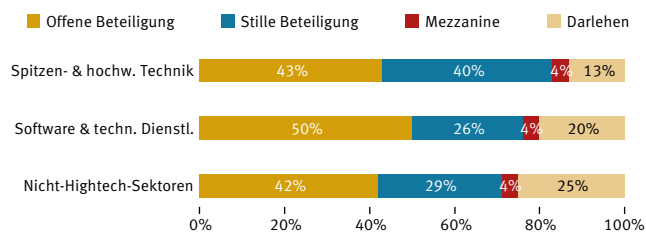
den so genannten Hightech-Branchen (7,2 Prozent erhalten Privatinvestorenfinanzierung) und den Nicht-Hightech-Branchen (7,0 Prozent). Betrachtet man die absoluten Anzahlen der Gründungen, in die Private investieren, dann offenbart sich die Bedeutung, die Privatfinanzierung auch für Gründungen der Nicht-Hightech-Branchen hat. So wurden rund 36.000 Gründungen aus den Nicht-Hightech-Branchen und etwa 3.500 aus den Hightech-Branchen von Privatpersonen (mit-)finanziert. Die Hightech-Gründungen machen jährlich jeweils sieben bis acht Prozent aller Gründungen aus.

Für die einzelnen Branchen lassen sich erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Privatinvestorenengagements feststellen. Im Hightech-Bereich erhalten 11,4 Prozent der Gründungen aus der Spitzentechnik, 9,4 Prozent der Software-Gründungen, 7,5 Prozent der jungen Unternehmen aus den Branchen der hochwertigen Technik und 5,9 Prozent Gründungen aus dem Bereich technologieorientierte Dienstleistungen Privatinvestorenfinanzierung. Im Nicht-Hightech-Sektor werden 9,9 Prozent der Gründungen aus industriellen Nicht-Hightech-Branchen, 8,7 Prozent der Gründungen aus dem Handel, 7,5 Prozent aus den Branchen konsumorientierter Dienstleistungen, 5,1 Prozent aus den unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen und 3,9 Prozent der jungen Unternehmen im Baugewerbe von Privatpersonen (mit-)finanziert.

Unterschiede lassen sich zwischen den Branchengruppen auch in Bezug auf die von den Privatinvestoren gewählten Finanzierungsformen erkennen (siehe Grafik). Eine Finanzierung über eine offene oder stille Beteiligung ist für die Hightech-Branchengruppen bedeutender als für den Nicht-Hightech-Bereich. Für junge Unternehmen des letztgenannten Bereichs sind Darlehensfinanzierungen von Privaten relativ bedeutender. Aber es kann festgestellt werden, dass eine Beteiligung, auch für Private, generell die bevorzugte Form des finanziellen Engagements bei jungen Unternehmen ist.

Die Studie „Finanzierung von jungen Unternehmen in Deutschland durch Privatinvestoren“ findet sich unter: www.zew.de/publikation7417

FINANZIERUNGSFORMEN VON PRIVATINVESTOREN NACH BRANCHENGRUPPEN, GRÜNDUNGSJAHRGÄNGE 2009-2012



Quelle: KfW/ZEW-Gründungspanel 2013

cher „Finanzierungslücken“ auf Privatinvestoren, die sich finanziell – und oft auch mit anderen Unterstützungsaktivitäten – bei aus ihrer Sicht zukunftssträchtigen jungen Unternehmen engagieren. Bisher gibt es für Deutschland allerdings nur wenig empirisch fundiertes Wissen über das tatsächliche Ausmaß der Aktivitäten von Privatinvestoren bei jungen Unternehmen.

Bis Mitte des Jahres 2013 engagierten sich Privatinvestoren bei rund 39.500 jungen Unternehmen der Gründungsjahrgänge 2009 bis 2012. Somit erhielten rund sieben Prozent der Gründungen dieser Jahrgänge Finanzierungsbeiträge von Privatpersonen. Interessanterweise unterscheiden sich die Anteile der von Privatpersonen finanzierten Gründungen kaum zwischen

Jürgen Egel, egeln@zew.de

Dr. Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de



ZEWNEWS als App verfügbar

Zugriff auf Forschungsergebnisse, Analysen, Kommentare und Wissenswertes aus dem ZEW haben Leser jetzt auch über die ZEWNEWS.

Die ZEWNEWS ist eine interaktive App, die für gängige iPad und Android Tablets konzipiert wurde. Sie umfasst ausgewählte Beiträge der zehn Mal im Jahr erscheinenden ZEWnews, die inter-

aktiv aufbereitet und mit Zusatzinformationen wie Videos, Foto-strecken oder Links zu Studien oder Publikationen des ZEW versehen sind. Sie finden die ZEWNEWS im Apple App Store und auf Google Play. Von dort kann sie kostenlos heruntergeladen werden. Hinweis: Für iPads der ersten Generation und ältere Android-Geräte steht die ZEWNEWS leider nicht zur Verfügung.



Foto: iStockphoto

Nachgefragt: Zum Vorschlag einer europäischen Energieunion

Von einer Energieunion könnte vor allem Osteuropa profitieren

Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise wirbt insbesondere Polen für eine gemeinsame europäische Energiepolitik, um seine Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu verringern. Umweltökonom Prof. Dr. Andreas Löschel bewertet die Chancen und Risiken einer Energieunion.

Was halten Sie von dem Vorschlag, dass künftig die EU die Verträge zum Beispiel mit Russland über Gaslieferungen in einzelne EU-Länder aushandeln soll? Würde Deutschland davon profitieren?

Gemeinsam hat Europa eine größere Verhandlungsmacht gegenüber Russland als einzelne Mitgliedsstaaten. Es ist jedoch zu beachten, dass Unternehmen Gaslieferverträge mit Russland schließen und sich diese im Wettbewerb miteinander befinden. Die EU kann die Unternehmen bei gemeinsamen Verhandlungen mit Gaslieferanten unterstützen, darf aber dabei nicht den Wettbewerb innerhalb Europas gefährden. Nur wenn dieser Spagat gelingt, kann Europa durch gemeinsames Agieren gewinnen, und dann profitiert auch Deutschland davon.

Europa betreibt bereits eine gemeinsame Klimapolitik. Wäre es da nicht ein logischer Schritt, auch die Energiepolitik für alle Mitglieder zu vergemeinschaften oder liefe eine europäische Energieunion Gefahr, klimapolitische Ziele wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen?

In dem politischen Ziel, unabhängiger von bestimmten Lieferländern zu werden, herrscht weitgehend Einigkeit zwischen den EU Staaten. Keine Einigkeit besteht über die Wahl der Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Die einen sehen durch den vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern eine Möglichkeit diese Abhängigkeit langfristig zu mindern. Andere – zum Beispiel Polen – favorisieren dagegen eine stärkere Nutzung hei-

mischer Kohle und Förderung von unkonventionellem Erdgas. Es existiert hier also ein Trade-off zwischen den klimapolitischen Ambitionen und dem Vermeiden politischer Risiken. Diese Abwägung ist auf EU-Ebene leichter zu treffen als wenn jeder Mitgliedstaat seinen eigenen Weg geht.

Wie müsste eine europäische Energieunion aussehen, damit sie ihr Ziel – eine größere Unabhängigkeit von russischem Erdgas und anderen Energieimporten – tatsächlich erreicht?

Die Unabhängigkeit von Energieimporten ist für sich genommen kein ökonomisch sinnvolles Ziel. Es ergibt sich aber – vor allem aus den politischen Risiken in einzelnen Ländern – eine Notwendigkeit zur Diversifikation von Bezugsländern. Dabei ist eine Abhängigkeit von einem bestimmten Lieferland grundsätzlich weniger dramatisch, wenn dieses Abhängigkeitsverhältnis auf beiden Seiten zu finden ist. Für eine geringere Abhängigkeit ist eine bessere Vernetzung innerhalb der EU erforderlich. Be-

“



Foto: ZEW

Prof. Dr. Andreas Löschel

leitet den Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW. Darüber hinaus ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Löschel fungiert als Leitautor für den 5. Sachstandsbericht (2010-2014) des Weltklimarates (IPCC). Er ist Vorsitzender der Expertenkommission, die im Auftrag der Bundesregierung regelmäßig den Sachstand bei der Energiewende beurteilt.

zogen auf Erdgas ist nicht nur die Diversifizierung der Lieferländer, sondern auch die Wahl von unterschiedlichen Bezugsrouten und Transitstrecken entscheidend. Dies war etwa bei der Errichtung der Nord Stream Pipeline nach den Gaskrisen von 2006 und 2009 zu beobachten.

Welche Länder würden am stärksten von der Vergemeinschaftung der Energiepolitik profitieren?

Von einem einheitlicheren Auftreten der EU in Verhandlungen und einer besseren Vernetzung innerhalb der EU würden in der jetzigen Situation vor allem die osteuropäischen Länder profi-

tieren. Diese sind sehr stark von Lieferungen aus Russland abhängig und besitzen zudem wenig alternative Bezugsmöglichkeiten. Sie könnten mit höherer Versorgungssicherheit und einem geringeren Preis rechnen. Momentan unterscheiden sich die Preise für Erdgas in den einzelnen Mitgliedstaaten noch erheblich. Unternehmen in Deutschland beziehen wohl momentan Erdgas aus Russland zu einem geringeren Preis als Unternehmen in osteuropäischen Ländern.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Fehldiagnose finanzielle Repression

Das Schlagwort „finanzielle Repression“ ist zu einem Kampfbegriff in der Debatte um die Euro-Rettungspolitik geworden. Wie der folgende Beitrag jedoch zeigt, sind die niedrigen Renditen für Bundesanleihen nicht das Resultat von Zwangsmaßnahmen einer finanziellen Repression, sondern Ausdruck eines plausiblen Marktgleichgewichts.

Das Schlagwort „finanzielle Repression“ ist zu einem Kampfbegriff in der Debatte um die Euro-Rettungspolitik geworden. Die Kritiker nutzen den Terminus, um auf den Sparer als das vermeintliche Opfer geld- und fiskalpolitischer Manipulationen hinzuweisen. Das Problem überschuldeter Staaten werde dieser Lesart zufolge über eine kalte Enteignung gelöst. Durch repressive Maßnahmen senke die Politik die Verzinsung der Staatsschuld, sodass vielfach nicht einmal mehr ein Ausgleich für die Inflationsrate erzielt werden könne. Insbesondere deutsche Sparer seien negativ betroffen, wie dies an historisch niedrigen Renditen für Bundesanleihen ablesbar sei.

Künstliche Senkung der staatlichen Zinsschuld

So verbreitet diese Sichtweise ist, so wenig kann sie bei näherer Analyse überzeugen. Um die Schwächen der genannten Argumentation aufzudecken, ist zunächst eine Begriffsklärung nötig. Der Begriff der „finanziellen Repression“ wurde im Kontext von Entwicklungsländern geprägt. Er beschreibt dort den privilegierten Zugriff des staatlichen Sektors auf das Geld der Sparer. Wesentliches Element ist dabei die künstliche Absenkung der vom Staat zu zahlenden Schuldzinsen. Instrumente der finanziellen Repression sind gesetzlich regulierte Höchstzinsen, die dem Staat marktunabhängig niedrige Finanzierungskosten sichern, Kapitalverkehrskontrollen, staatliche Zwangsanleihen oder Staatsbanken mit gesetzlich bevorrechtigtem Kapitalmarktzugang. Hinzu kommen regulatorische Privilegien für Staatsschulden oder geldpolitische Manipulationen der staatlichen Finanzierungsbedingungen.

Ein Regime der finanziellen Repression erkennt man also an derartigen Praktiken. Hingegen ist es unzulässig, alleine von

niedrigen Zinsen auf die Existenz finanzieller Repression zu schließen. Wenn es hier einen eindeutigen Zusammenhang gäbe, dann befände sich beispielsweise die Schweiz mit ihren seit Jahrzehnten äußerst niedrigen Zinsen dauerhaft in einem Regime finanzieller Repression. Das würde aber wohl kaum jemand ernsthaft behaupten. Niedrige Zinsen für Staatsanleihen, die nicht auf Zwangsmaßnahmen sondern auf Marktgleichgewichte und Freiwilligkeit zurückzuführen sind, haben mit finanzieller Repression nichts zu tun.

Betrachtet man nun die aktuell niedrigen Realzinsen für langlaufende Bundesanleihen, dann ist in diesem Umfeld kaum ein



Foto: iStockphoto

Lediglich aufgrund einer Niedrigzinsperiode auf finanzielle Repression zu schließen, greift zu kurz.

repressives Instrument identifizierbar. Heimische und ausländische Investoren kaufen deutsche Staatsanleihen freiwillig trotz niedrigster Zinsen. Es gibt weder Kapitalverkehrskontrollen noch Zinsregulierungen, die dem deutschen Fiskus diese Niedrigzinsen gewährleisten würden. Zwar haben staatliche Banken in Deutschland durchaus ein großes Gewicht, auch diese verfügen aber nicht über einen privilegierten Kapitalmarktzugang. Ganz

im Gegenteil wurden in der Vergangenheit Privilegien von Sparkassen und Landesbanken im Kapitalmarktzugang wie die Gewährträgerhaftung zurückgestutzt.

Richtig ist zwar, dass die Banken- und Versicherungsregulierung Staatsanleihen unter anderem durch die Nullgewichtung in den Eigenkapitalregeln begünstigt. Dieses Privileg galt aber unverändert in der gesamten Nachkriegszeit. Es wirkt zudem nur dann als Vergünstigung, wenn ein Emissionsland mit zweifelhafter Bonität in den Genuss der Nullgewichtung kommt. Die Bundesrepublik verfügt hingegen über ein erstklassiges Rating, so dass hier kaum eine bedeutsame Privilegierung vorliegt.

Auch das Argument, die EZB würde über ihre Anleihekaufprogramme (SMP und OMT) die Zinsen heruntermanipulieren, kann in Bezug auf die Bundesanleihen nicht überzeugen. Diese Programme dienen eindeutig nicht dem Ankauf von Anleihen der Bundesrepublik Deutschland. Ganz im Gegenteil würde das OMT-Programm im Fall seiner Aktivierung indirekt (über die im ESZB angelegte Haftungsproblematik) die Bonität der Bundesrepublik und damit die Attraktivität der Bundesanleihen schwächen. Die Existenz des OMT-Programms senkt daher sogar tendenziell die Attraktivität von Anleihen der deutschen Gebietskörperschaften.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die niedrigen Renditen für Bundesanleihen können nicht als Ergebnis von Zwangsmaßnahmen einer finanziellen Repression verstanden werden. Sie sind plausibel als Marktgleichgewicht zu interpretieren. Denn erstens ist der Weltkapitalmarktzins seit Jahren fallend, dazu tragen vermutlich strukturelle Gründe wie die wachsende Sparfähigkeit vieler Länder der Erde ebenso bei wie die konjunkturelle Ursache einer schwachen globalen Konjunktur. Zweitens sind die Niedrigzinsen Folge der krisenbedingten Flucht in sichere Häfen. Niemand zwingt einen deutschen Sparer, Bundesanleihen zu kaufen. Er könnte auch zu höher rentierlichen südeuropäischen Anleihen oder Blue Chips mit interes-

santen Dividendenrenditen greifen. Euro-Staatsanleihen werfen im gewichteten Durchschnitt weiterhin eine positive reale Rendite ab, die angesichts der schlechten konjunkturellen Situation keineswegs ungewöhnlich niedrig ist. Deutsche Sparer scheuen vor einer solchen Diversifikation ihrer Portfolios zurück. All dies sind jedoch freie Marktentscheidungen.

In diesem Zusammenhang sind von Verfassungsjuristen geäußerte Vorstellungen von einem Recht auf einen positiven Realzins als ökonomisch fragwürdig zu beurteilen. Realzinsen für risikoarme Anlagen sind das Ergebnis von Angebot und Nachfrage. Sie können selbstverständlich auch unter null fallen. Kein Gesetz oder Gericht der Welt kann diese Marktlogik für ungültig erklären. Dies wäre auch fatal, weil die niedrigen Realzinsen für vermeintlich sichere Anlagen die Investoren ermuntern sollen, mutiger in andere Anlageformen zu investieren.

Falsche Therapieempfehlung

Diese Debatte um die Erklärung der niedrigen deutschen Anlagerenditen ist dabei nicht nur von akademischem Interesse. Denn aus der Fehldiagnose der finanziellen Repression folgt die falsche Therapieempfehlung. So wird immer wieder argumentiert, die EZB könnte dem deutschen Sparer durch eine Straffung der Geldpolitik oder den prinzipiellen Verzicht auf Anleihekäufe helfen, wieder höhere Renditen zu erzielen. Mit der hier vorgelegten Sichtweise ist eher das Gegenteil zu vermuten: Eine vorzeitige geldpolitische Straffung und ein freiwilliges (oder von Bundesverfassungsgericht erzwungenes) Ende des OMT-Programms liefe Gefahr, die Abwärtsspiralen der Krise wieder in Gang zu setzen. Die Folge wäre aller Voraussicht nach eine neue Flucht in die Bundesanleihen und weiter fallende reale Renditen für risikoaverse deutsche Sparer.

PD Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de



Die deutsche Finanzagentur erfüllt Aufgaben der Haushalts- und Kassenfinanzierung des Bundes. Sie gibt beispielsweise Bundeswertpapiere heraus und tätigt Geldmarktgeschäfte für die Bundesrepublik. ZEW-Ökonom Heinemann argumentiert, dass die aktuell niedrigen Realzinsen für langlaufende Bundesanleihen nicht das Resultat finanzieller Repression sind.

ZEW-Papier definiert zentrale Handlungsfelder für neues EU-Parlament

ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest hat im Rahmen der ZEW Lunch Debates in Brüssel vor 130 Gästen ein Papier vorgestellt, in dem vor dem Hintergrund der Wahlen zum Europäischen Parlament zentrale Handlungsfelder für die europäische Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre aufgezeigt werden.

Clemens Fuest stellte in seinem Vortrag fest, dass Europa einen wirtschaftlichen Aufschwung und ein überzeugendes Konzept für die Aufgabenverteilung zwischen Brüssel und der nationalen Ebene braucht. Bisher ungenutzte Wachstumspotenziale könnten durch den Abbau von Hemmnissen für grenzüberschreitende Investitionen zwischen den EU-Staaten sowie durch das Vorantreiben des Projekts einer transatlantischen Freihandelszone erschlossen werden. Auch von einer stringenten europaweiten Energie- und Klimapolitik könnten Wachstumsimpulse ausgehen. Ein Aufschwung auf Pump sollte vermieden und stattdessen die fiskalpolitische Konsolidierung fortgesetzt werden. Mit Blick auf das EU-Budget plädierte der ZEW-Präsident für eine Ausgabenpolitik, die stärker auf die Generierung von Mehrwert für die EU abzielt, etwa durch die Schaffung gemeinsamer diplomatischer Vertretungen oder integrierter europäischer Streitkräfte für Auslandseinsätze. In der Eurozone müssen nach Ansicht von Fuest die Anreize für solide Staatsfinanzen erhalten bleiben. Bei vorübergehenden Finanzproblemen stehe mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) inzwischen eine Institution zur Verfügung, die Staaten aushelfen könne. Allerdings fehle noch ein glaubwürdiges Verfahren für eine staatliche Insolvenz. Bei der Gestaltung der europäischen Bankenunion, komme es darauf an zu erreichen, dass alle Banken hinreichend haftendes Kapital vorhielten, um die Steuerzahler bei Krisen besser zu schützen. Ein Problem stelle auch die in einigen EU-Staaten hohe Jugendarbeitslosigkeit dar. Hier sei die Unterstützung der Mobilität junger Leute bei der Suche nach Arbeit und Ausbildung innerhalb Europas ein sinnvoller Ansatz, so Fuest.

Podiumsdiskussion über ZEW-Thesen

Im Anschluss an den Vortrag von Fuest wurden die Thesen des von ihm vorgestellten ZEW-Papiers im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit der polnischen Europaabgeordneten Sidonia Jędrzejewska, Mitglied im Haushaltsausschuss des Parlaments sowie Valerie Herzberg, Mitglied im Kabinett des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, diskutiert. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Werner Mussler, EU-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Brüssel.

Im Rahmen der Diskussion des ZEW-Papiers griff die Abgeordnete Jędrzejewska das Problem der Arbeitslosigkeit auf. Sie sieht darin sowohl eine ökonomische als auch eine humanitäre Herausforderung. Wichtig im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

ist in ihren Augen eine Reform und Modernisierung der Arbeitsvermittlung in vielen EU-Staaten. Mit Blick auf das EU-Budget erklärte sie, dass sich infolge der Wirtschaftskrise das Verhalten der EU-Staaten geändert habe. Früher seien häufig finanzielle Mittel in den Fördertöpfen zurück geblieben, jetzt würden die von der EU gegebenen Zusagen auch weitgehend eingefordert. Das führe zu einem höheren Finanzbedarf. In der nächsten Legislaturperiode müsse es zu einer Reform der Einnahmequellen der EU kommen.

Valerie Herzberg machte mit Blick auf die Bankenunion klar, dass der Bail-in im Rahmen einer Bankenrettung glaubhaft sein müsse. Durch eine Risikostreuung müsse dafür gesorgt werden, dass Banken im Ernstfall auch tatsächlich abgewickelt werden könnten. Die fiskalische Konsolidierung in Europa hat für Herzberg erkennbare Fortschritte gemacht. Allerdings sollte die Po-



Valerie Herzberg, Dr. Werner Mussler, Sidonia Jędrzejewska und ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest diskutierten aktuelle Fragestellungen für Europa (v.l.).

litik in den hoch verschuldeten Staaten neben der Verbesserung der Einnahmenseite auch Reformen auf der Ausgabenseite verfolgen. Der derzeitige zarte konjunkturelle Aufwind dürfe nicht dazu führen, die Reformanstrengungen gleich wieder zurückzuführen.

Einig waren sich die Teilnehmer an der Diskussion, dass das Europäische Parlament in den vergangenen Jahren eine wichtige Rolle gespielt hat und sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es diese positive Rolle auch künftig beibehalten werde.

Das ZEW-Papier zur Europawahl finden Sie hier: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/EP_Papier2014.pdf

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

Dritte Mannheim Energy Conference zu nachhaltigen Energiemärkten

Am 5. und 6. Mai 2014 fand zum dritten Mal die Mannheim Energy Conference am ZEW statt. Rund 90 internationale Gäste konnten in Mannheim begrüßt werden. Das Themenspektrum der theoretischen und empirischen Konferenzbeiträge reichte von Wettbewerb und Regulierung in Elektrizitäts- und Erdgasmärkten,



Foto: ZEW

Richard Green war einer der Gastredner der dritten Energy Conference am ZEW.

über Klimapolitik, Energieeffizienz und Energienachfrage bis zu Investitionsmöglichkeiten in der Energiebranche. Wissenschaftler sowie Experten aus Politik, Unternehmen und Organisationen hatten zwei Tage lang Gelegenheit, diese Themen zu diskutieren.

Die internationale Konferenz wurde vom ZEW zusammen mit dem Leibniz-WissenschaftsCampus „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI) organisiert. MaCCI ist ein gemeinsames, interdisziplinäres Projekt des ZEW und der Universität Mannheim. Die Konferenz eröffnete Steven Stoff, der durch Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenbeiträge sowie durch

seine Mitarbeit bei der Entwicklung und Überwachung des US-amerikanischen PJM-Marktes sowohl in Wissenschafts- als auch in Praxiskreisen zu den renommiertesten Energieexperten zählt. In seinem Vortrag erörterte Stoff neue Wege für internationale Klimaverhandlungen durch die Setzung eines international anerkannten Preises für Kohlendioxidemissionen.

Der renommierte Energieökonom Richard Green (Imperial College London) erläuterte in seinem Vortrag aktuelle Entwicklungen und Forschungsergebnisse sowie zukünftige Perspektiven zur Nachhaltigkeit des britischen Elektrizitätsmarktes. José M. Labega (National Distance Education University, Madrid) gab in seiner Rede einen Überblick über die Entwicklungen im Bereich der Energieeffizienz und Energienachfrage.

Zudem stellte der Vorstand der österreichischen Energieregulierungsbehörde Energie Control Austria, Martin Graf, die Implikationen des europäischen Energiebinnenmarktes für die Regulierungstätigkeiten in Österreich dar. Er zeigte die Haupt-handlungsfelder für die zukünftige Ausgestaltung der Regulierung von Elektrizitätsmärkten in Österreich auf. Neben zahlreichen Workshops und Vorträgen zu aktuellen energieökonomischen Forschungsergebnissen fand eine von Andreas Löschel (ZEW) moderierte Podiumsdiskussion mit Jörg Böttcher (HSH Nordbank AG), Marcus Jentsch (MVV Energie AG) und Christoph Weber (Universität Duisburg-Essen) statt, die sich mit den Herausforderungen der Finanzierung der Energiewende aus verschiedenen Perspektiven beschäftigte.

Sven Heim, heim@zew.de
 Philipp Massier, massier@zew.de
 Dominik Schober, schober@zew.de
 Dr. Nikolas Wölfling, woelfling@zew.de

Prof. Dr. Hermann Remsperger verlässt Wissenschaftlichen Beirat des ZEW



Foto: ZEW

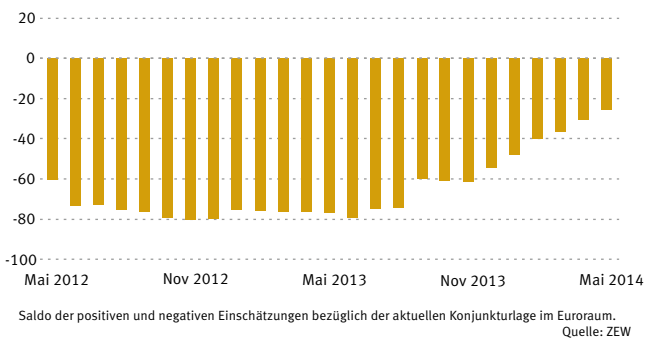
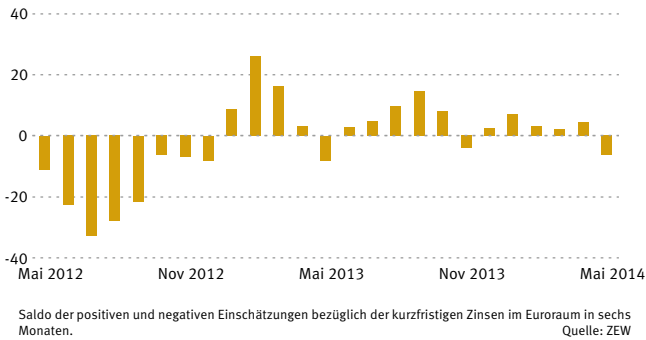
Verabschiedung von Prof. Dr. Hermann Remsperger durch ZEW-Präsident Clemens Fuest (links) und Thomas Kohl, Kaufm. Direktor des ZEW (rechts).

Nach langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit im Wissenschaftlichen Beirat des ZEW ist Prof. Dr. Hermann Remsperger nun aus diesem Gremium ausgeschieden. „Professor Remsperger hat die wissenschaftliche Arbeit des ZEW elf Jahre lang beratend begleitet und war ein wichtiger und engagierter Gesprächspartner für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEW. Hierfür danken wir ihm herzlich“, sagte ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest bei der Verabschiedung von Prof. Remsperger.

Hermann Remsperger ist Honorarprofessor an der Goethe-Universität in Frankfurt. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Geld- und Währungspolitik sowie der Öffentlichen Finanzen. Von 1998 bis 2009 war er Mitglied im Direktorium bzw. im Vorstand der Deutschen Bundesbank. Remsperger ist Vorsitzender im Stiftungsrat der „Stiftung Geld und Währung“ und Mitglied des Kuratoriums des „Institute for Monetary and Financial Stability“ in Frankfurt.

Der Wissenschaftliche Beirat berät bezüglich der wissenschaftlichen Arbeiten am ZEW und begutachtet diese.

ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2014



EZB: Erwartungen für kurzfristige Zinsen fallen

Die ZEW-Finanzmarktexperten haben im Mai 2014 ihre Erwartungen bezüglich der Entwicklung der kurzfristigen Zinsen im Euroraum gesenkt. Der entsprechende Indikator verlor 10,9 Punkte gegenüber dem Vormonat und steht nun bei minus 6,5 Punkten. Damit erwarten die Finanzmarktexperten erstmals seit November 2013 wieder mehrheitlich, dass die EZB den Hauptfinanzierungssatz innerhalb der kommenden sechs Monate senken oder konstant halten wird. Einen niedrigeren Stand wies der Indikator zuletzt im Mai 2013 auf.

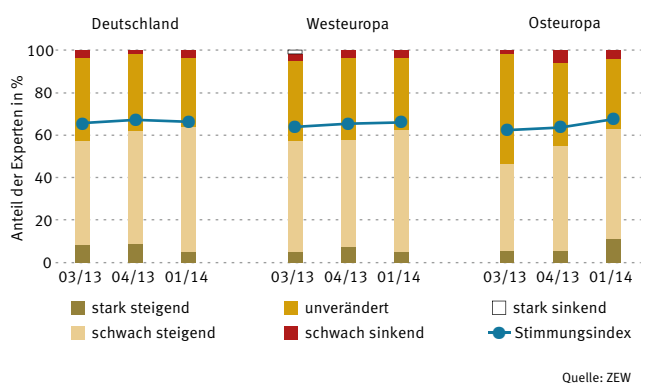
Jesper Riedler, riedler@zew.de

Eurozone: Lageeinschätzung verbessert sich

Zum sechsten Mal in Folge erhöhen die ZEW-Finanzmarktexperten im Mai 2014 ihre Einschätzung bezüglich der konjunkturellen Lage in der Eurozone. Der entsprechende Indikator liegt im Vergleich zum Vormonat um 4,9 auf minus 25,6 Punkte zu. Das ist der beste Stand seit August 2011. Der Anteil derjenigen, die der Eurozone eine schlechte wirtschaftliche Lage attestieren, fällt auf 30 Prozent, während 65,6 Prozent die Lage für „normal“ erachten. Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone stehen mit 55,2 Punkten nach wie vor auf einem beachtlichen Niveau.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

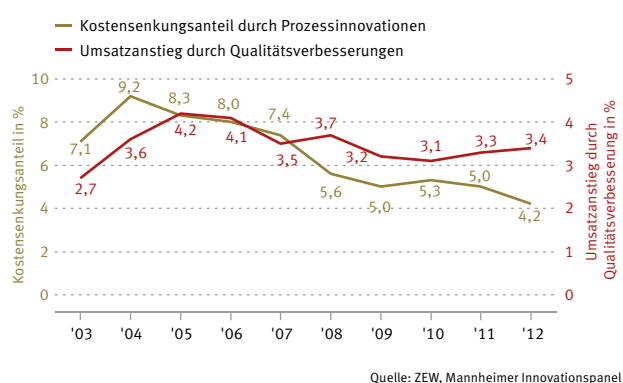
In nächster Zeit wenig Bewegung bei der KEP-Nachfrage



Der „Shooting Star“ des TransportmarktBarometers von ProTrans/ZEW zeigt aktuell weniger Wachstums-Dominanz: „Nur“ rund 60 Prozent der befragten Experten rechnen im kommenden halben Jahr mit einem (schwachen) Anstieg der Transportmengen bei den Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP). Im Osteuropaverkehr wird das Wachstum etwas höher eingeschätzt als bei den beiden anderen Relationen. Ein gutes Drittel geht von stabilen Mengen aus. Der Stimmungsindex für den Binnenverkehr ist leicht rückläufig, zeigt aber immer noch einen der höchsten Werte der letzten drei Jahre an.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Elektroindustrie steigert mit Hilfe von Qualitätsverbesserungen ihren Umsatz



Prozessinnovationen, die zu einer höheren Produktqualität beitragen, gewinnen in der deutschen Elektroindustrie im Vergleich zu kostensenkenden Prozessinnovationen an Bedeutung. 2012 konnte aufgrund von Qualitätsverbesserungen der Umsatz der Elektroindustrie um 3,4 Prozent gesteigert werden. Damit blieben im neunten Jahr in Folge die Umsatzbeiträge von Qualitätssteigerungen über der Drei-Prozent-Marke. Der kostenseitige Erfolg von Prozessinnovationen war dagegen im selben Zeitraum rückläufig. 2012 wurde eine durchschnittliche Kostensenkung von 4,2 Prozent erreicht.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Die Europawahl und ihre Folgen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben zwei Dinge gezeigt: Erstens ist das Interesse der Bürger nach wie vor gering. Der Versuch, den Wahlkampf durch die Nominierung von europaweiten Spitzenkandidaten spannender zu machen, ist gescheitert.

Die Wahlbeteiligung war mit 43 Prozent enttäuschend. Das dürfte unter anderem daran liegen, dass es zwischen Martin Schulz und Jean-Claude Juncker inhaltlich kaum Differenzen gab. Beide stehen für ‚mehr Europa‘, aber inspirierende Ideen zur Zukunft Europas hatte keiner der beiden zu bieten. Zweitens ist deutlich geworden, dass viele Bürger die Europawahl nutzen, um ihrem Ärger über die Regierung im eigenen Land Luft zu machen.

Welche Konsequenzen hat das Wahlergebnis für die Zukunft der EU? Die Strategie des britischen Premierministers David Cameron, der EU-feindlichen Partei UKIP durch seine eigene Kritik an Brüssel den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist gründlich danebengegangen. Die Debatte über einen EU-Austritt Großbritanniens wird weitergehen. In der Eurozone besteht die größte Herausforderung der nächsten Jahre darin, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die nationalen Regierungen spielen dabei die zentrale Rolle. Sie müssen ihre Bevölkerungen dafür gewinnen, die Sanierung der Staatsfinanzen und die wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen fortzusetzen. Viele dieser Reformen führen jedoch zu zusätzlichen Belastungen, bevor sie positiv auf Wachstum und Arbeitsmarkt wirken. Es ist kaum möglich, diesen Weg zu gehen, ohne Rückhalt in der Bevölkerung zu haben. Dass dieser Rückhalt in Griechenland gering ist, war zu erwarten. Der Wahlsieg der linksradikalen Partei ‚Syryza‘ mit 26 Prozent der Stimmen kombiniert mit dem Erfolg der rechtsradikalen ‚Goldenen Morgenröte‘, die immerhin zehn Prozent erreichte, kann die Regierung gefährden. Die Opposition fordert bereits Neuwahlen. Eine böse Überraschung ist das Wahlergebnis in Frankreich. Dort wäre es dringend erforderlich, Staatsausgaben und Steuern zu senken und Besitzstände in Frage zu stellen, um die Wachstumsschwäche des Landes zu überwinden.

Ein Politikwechsel wird durch den Sieg des ‚Front National‘ jedoch erschwert. Impulse aus Frankreich für die europäische Politik dürften jedenfalls nachlassen.

In anderen Ländern hatten radikale Parteien allerdings weniger Erfolg. In Portugal und Spanien spielen sie keine nennenswerte Rolle. In den Niederlanden hat die antieuropäische Partei von Geert Wilders eine empfindliche Niederlage erlitten. In Italien hat die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Matteo Renzi die Wahl sogar gewonnen. Er will die Wirtschaft des Landes reformieren. Allerdings hat er versprochen, in der Fiskalpolitik den Sparkurs aufzugeben. Dieses Versprechen mag den Wahlerfolg erklären. Ob er es angesichts der hohen Staatsschulden halten kann, ist jedoch fraglich. Und in Deutschland? Ein bescheidener Erfolg der AfD, aber sonst kaum Veränderungen.

Insgesamt haben die etablierten Parteien in Europa zwar Verluste erlitten, aber der befürchtete europaweite Erdbeben in Richtung radikaler Kräfte ist ausgeblieben. Die moderaten politischen Parteien sollten das aber nicht als Mandat für ein ‚Weiter so‘ verstehen. Erforderlich wäre mehr Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern, was die Notwendigkeit von Anpassungen und Reformen angeht. Außerdem sollte die EU sich auf Politiken konzentrieren, die wirklich gesamteuropäischen Interessen dienen: Beispielsweise auf eine gemeinsame Energiepolitik, einen Ausbau der transeuropäischen Verkehrs- und Datennetze oder die Schaffung europäischer Streitkräfte. Das Geld dafür könnte aus Bereichen kommen, in denen europäische Politik keinen Mehrwert erzeugt, zum Beispiel in Teilen der Agrar- und Regionalpolitik. In den kommenden fünf Jahren muss deutlich werden, dass die EU fähig ist, eigene Politiken kritisch zu reflektieren und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Wenn es außerdem gelingt, die Wirtschaftskrise zu überwinden, dürften die aktuellen Erfolge populistischer Parteien sich nicht wiederholen.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhmer · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grötmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail groetmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2014